

Deutsche Bundesbank

Risiken einer unkonventionellen Politik

Wie bei allen Notenbanken ist die Ertragsrechnung der Deutschen Bundesbank mit der eines normalen Unternehmens nur bedingt vergleichbar. Zwar hat das Rechnungswesen der Zentralbank laut Bundesbankgesetz den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zu entsprechen. Und für die Wertansätze sind in der Regel die Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften anzuwenden. Doch Institutionen, die in erster Linie der Geldpolitik verpflichtet sind und auf internationaler Ebene je nach speziellem Auftrag Verantwortung für die Preisstabilität, die Sicherung der Finanzstabilität und die wirtschaftliche Entwicklung tragen, können in ihrer Rechnungslegung nicht an den Maßstäben von Unternehmen im Wettbewerb gemessen werden. Eine Gewinnerzielungsabsicht etwa kann sicher nicht im Vordergrund stehen. Erwarten darf man hingegen eine Einhaltung des im Gesetz verwendeten Kriteriums einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Gewisse Grundstrukturen einer GuV-Rechnung spiegeln sich damit bei allen gegebenen Einschränkungen auch in den Abschlüssen der Deutschen Bundesbank wider. Im Berichtsjahr 2010 hat die hiesige Notenbank demnach auf der Kostenseite gut gewirtschaftet. Die schon vor einigen Jahren eingeleiteten Verschlanungsmaßnahmen mit einer Reduktion der Filialen und dem zugehörigen Mitarbeiterabbau haben allein auf der Personalkostenseite noch einmal Einsparungen von fast 27,5 Prozent auf 622 Millionen Euro erbracht. Mit der schon festgelegten weiteren Reduktion der Filialen bis zum Jahr 2016 sowie absehbaren Kosteneinsparungen in dem personalintensiven Bereich der Bargeldversorgung (siehe Kreditwesen 6–2011) ist noch weiteres Potenzial vorhanden. Nahezu unverändert geblieben sind darüber hinaus mit 252 (250) Millionen Euro die Sachkosten. Dass der Netozinsertrag mit 3,57 (4,156) Milliarden Euro nicht an den Vorjahreswert anknüpfen konnte, ist dem niedrigen Stand der Leitzinsen zuzuschreiben. Aber diese gegenüber dem Vorjahr fehlenden 586 Millionen Euro erklären nur zum Teil den um knapp 47 Prozent auf 2,206 Milliarden Euro rückläufigen Jahresüberschuss. Eine Lücke von 1,512 Milliarden Euro reißt nämlich der Saldo aus Nettoergebnis von Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorge.

Konkret war insbesondere die Dotierung der Wagnisrückstellungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro damit ursächlich für die in diesem Jahr deutlich geringere Abführung an den Bundeshaushalt. Mit

dieser Rückstellung für allgemeine Wagnisse, die übrigens in gleichen Schritten auch für die beiden folgenden Jahre vorgesehen ist, will die Bundesbank nicht zuletzt den deutlich gestiegenen Beständen an risikotragenden Aktiva in ihrer Bilanz Rechnung tragen. Damit bewegt sich die Notenbank auf einer Linie mit der EZB, die mit der Aufstockung dieser Risikoposition ebenfalls ein Signal gesetzt hat.

Sachlich landet man an dieser Stelle unweigerlich bei einigen der diversen Maßnahmen der viel zitierten unkonventionellen Notenbankpolitik, deren Beurteilung bekanntlich zu erheblichen Differenzen zwischen Bundesbankpräsident Axel Weber und der Mehrheit seiner Kollegen im EZB-Rat geführt haben. Gewisse Zusammenhänge der EZB-Notenbankpolitik und der geringeren Ergebnisabführung der Bundesbank an den deutschen Staatshaushalt hat der noch amtierende Bundesbankpräsident sehr wohl verdeutlicht, eine sichtbare Genugtuung zu zeigen, hat er vermieden. Gleichwohl kann sich Axel Weber nach seinem Verzicht auf eine Kandidatur für das Präsidentenamt der EZB in den wenigen verbleibenden Wochen seiner Amtszeit als Bundesbankpräsident deutlicher als moralische Instanz geben als er das in der Zeit der Kandidatensuche für angebracht hielt.

Sparkassenorganisation

Attacke im Konsumentenkreditgeschäft

Die deutschen Sparkassen dürfen das Berichtsjahr 2010 als erfreulich werten. Die Ergebnisrechnung zeigt Zuwächse im operativen Geschäft (siehe Seite 359f), die Risikolage ist vergleichsweise entspannt und hat sich besonders im Kreditgeschäft viel besser entwickelt als es vor einem Jahr zu befürchten war. Die Kapitalausstattung konnte in Richtung künftiger Basel-III-Anforderungen verbessert werden. Und selbst die klassischen Kennziffern Cost Income Ratio (60,6 Prozent) und Eigenkapitalrendite (10,8 Prozent) bewegen sich in Größenordnungen, die angesichts der Startbedingungen in das Geschäftsjahr 2010 als unerwartet gut bezeichnet werden können.

Wie die Auswirkungen auf die Wettbewerbsposition der Sparkassen in den verschiedenen Marktsegmenten zu bewerten ist, lässt sich anhand der Zahlen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes für Außenstehende oft nicht so genau abschätzen, denn bei aller Orientierung an amtlichen Statistiken werden wie bei den anderen Verbänden oft

spezielle Segmente herausgegriffen und damit nur Ausschnitte aus dem Gesamtbild gezeigt. So verweist der DSGVO auf Basis der Bundesbankzahlen zwar auf einen um einen Prozentpunkt auf 24,3 Prozent gewachsenen Marktanteil der Sparkassen bei gewerblichen Krediten und zusammen mit den Landesbanken (minus 0,5 Prozentpunkte) auf einen per saldo um 0,5 Prozentpunkte gestiegenen Marktanteil der öffentlich-rechtlichen Institute auf insgesamt 42,2 Prozent. Und bei den privaten Wohnungsbaukrediten (plus 0,5 Prozentpunkte auf 33,4 Prozent) sehen sich die Sparkassen und beim Nettoneugeschäft im Bausparbereich (plus 0,4 Prozentpunkte auf 37,1 Prozent) die Landesbausparkassen ebenfalls im Aufwind. Doch im Einlagenbereich fehlt die konkrete Einordnung im direkten Wettbewerbsvergleich. Das Plus von 11,6 Milliarden Euro bei den Kundeneinlagen von Privatpersonen wird zwar in einen Marktanteil der Sparkassen-Finanzgruppe von 42,6 Prozent umgerechnet (Genossenschaftssektor 26,9 Prozent), ob das im Vergleich zu den Vorjahren eine Verbesserung war, wird aber nicht kommuniziert.

Auch wenn der DSGVO im kleineren Segment der Ratenkredite leichte Marktanteilsgewinne verkündet, werden auf dem Feld der Konsumentenkredite insgesamt für die vergangenen Jahre offen Defizite eingeräumt. Genau diesen soll jetzt mit der Umsetzung zweier Neuerungen offensiv begegnet werden. Ausgangspunkt der Überlegungen ist dabei die zunehmende Verlagerung von Finanzierungen an den Point of Sale. Im Hinblick auf eine verantwortliche Kreditvergabe und angemessene Konditionen für die Kunden, hält DSGVO-Präsident Heinrich Haasis diese Entwicklung weiterhin für kritisch. Aber er registriert sie zu Recht als eine Marktgegebenheit, auf die es dringlich zu reagieren gilt.

Das schon seit einigen Jahren erkannte Hindernis, den bundesweit operierenden Handelsunternehmen nicht mit Hunderten einzelner Sparkassen als Vertragspartner am Point of Sale wirksam begegnen zu können, wollen die Sparkassen ab Herbst dieses Jahres mit einem neuen Produkt lösen. Die sogenannte Sparkassen-Card Plus soll als besondere ec-Karte jederzeit Zugriff auf einen gesondert vereinbarten Ratenkreditrahmen bieten, der es den Kunden wiederum ermöglicht, sich auch bei größeren Käufen im Einzelhandel nicht als Kreditkunde ausgeben zu müssen. Die Kreditzinsen sind vorher festgelegt, Sondertilgungen sind möglich, und die Sparkasse behält im Idealfall die finanzielle Situation des Kunden im Blick, so die Idee.

Zur Standardisierung des Auto- und Konsumentenfinanzierungsangebotes haben zweitens die Landesbank Berlin und die Deutsche Leasing eine gemeinsame Plattform geschaffen, und wie schon

lange angekündigt soll dieses Projekt ab Mitte des Jahres in eine neue Verbundbank, die S-Kreditpartner GmbH münden (Kreditwesen 24-2010) – laut bereits unterzeichneter Absichtserklärung einschließlich der Readybank.

Die neuen Anläufe im Konsumentenkreditgeschäft erinnern an erfolgreiche Muster. Sie lassen den Sparkassen je nach Einschätzung des eigenen Umfeldes und der Marktgegebenheiten die Option, das Verbundangebot zu nutzen oder auch selbst zu produzieren. Auf lange Sicht, so haben Beispiele wie die Deutsche Leasing selbst oder auch die IT-Dienstleister gezeigt, können solche Ideen zu erfolgreichen Verbundprojekten werden.

BVR

Kraftvoller Auftritt

Wie gut es sich aus einer Position der Stärke heraus doch schimpfen lässt! Genau das tun die per Ende vergangenen Jahres 1138 genossenschaftlichen Ortsbanken, genauer gesagt der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), derzeit nämlich mit Nachdruck. Auf Basis guter Geschäftszahlen dürfen dann auch die Forderungen an nationale und internationale Politik etwas direkter ausfallen als bislang. Dass die Verbandsspitze bei bekanntem Lamento hinsichtlich Einlagensicherung, fehlender Regulierung im Schattenbanksystem und notwendiger Verbindlichkeit der Haushaltsdisziplin besonders auf der nationalen Seite deutlich schärfere Töne anschlägt, zeugt von gelebtem, dezentralem Pragmatismus: Um die nach der Commerzbank-Rettung in den Staatskassen klaffenden Löcher wieder aufzufüllen, müssten „vielleicht werthaltigere Bestandteile des Konzerns“ zum Verkauf gestellt werden, als es momentan die Eurohypo darstelle.

Aber auch WestLB, IKB Deutsche Industriebank und Hypo Real Estate stellt der BVR an den Pranger, weil durch sie der Wettbewerb schon zu lange und zu dreist verzerrt werde. Sicherlich auch um die gegenwärtige Position noch eine Weile zu sichern, legt der genossenschaftliche Spitzenverband sogar nahe, etwa nach dänischem Beispiel den vom Staat geretteten Instituten den Wettbewerb mit gesunden Banken zu verbieten: Die Wirkungen eines Marktaustritts könnten gerade in einem Markt mit intensivem Wettbewerb durchaus positiv gesehen werden, heißt es dazu. Mehr als ein frommer Wunsch wird dies allerdings aufgrund mangelnder Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis kaum sein können. Denn welches Geschäft genau sollten HRE & Co. dann betreiben dürfen?

Auch wenn die Bundesregierung also kaum direkt auf solche Anregungen eingehen wird – ein solch kraftvoller Auftritt zeichnet nach außen ein deutlich präsent und profiliertes Bild des Verbands und der genossenschaftlichen Bankensäule gleichermaßen.

Basis für das nach außen demonstrierte Selbstvertrauen sind zum einen die durchweg ordentlichen Geschäftszahlen des zurückliegenden Jahres. Ganz kurz: Deutliches Ertragsplus, Cost Income Ratio verbessert, Jahresüberschuss um 42,3 Prozent über Vorjahresniveau (mehr zum Ergebnis 2010 siehe Bilanzen in diesem Heft). Zum Zweiten attestiert man sich selbst eine gute allgemeine Gesundheit. Größere Schieflogen gibt es verbundweit nach der Stützung und laufenden Sanierung der Düsseldorfer Apotheker- und Ärztebank (Apo-Bank) nämlich keine zu verzeichnen. Vom BVR begleitet und unterstützt werden derzeit rund 20 bis 30 Institute, bei denen es sich aber (noch) nicht um Schieflogen handele. Das entspricht, so fügt der Vorstand noch hinzu, in etwa der „normalen“ Anzahl.

Fusionen stünden daher auch keine an, zumindest bestehe keine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit dazu. Dass es mitunter sehr wohl andere Gründe gibt, etwa im Hinblick auf die Kosten der Umsetzung regulatorischer Anforderungen, dürfte weniger den derzeitigen Erfolg des Genossenschaftsmodells in Frage stellen als die Zweckdienlichkeit so manchen Vorhabens, das als (Kurzschluss-)Reaktion aus Berlin und als (übertriebene) Homogenisierungsbemühung aus Brüssel derzeit auf die dezentralen Verbände einprasselt.

Verhalten optimistisch muss dabei der weitere Fortgang des laufenden Jahres betrachtet werden. Dass dieser nicht ganz ohne Rückgänge im Ertragswachstum ausgehen wird, bedarf angesichts der zinslastigen Aufstellung der Primären keiner großartigen vorherseherischen Fähigkeiten. Weil in den kommenden Monaten eine Zinswende sicherlich zu erwarten ist, werden sich auch die Erträge aus dem entsprechenden Geschäft aufgrund schlechterer Bedingungen bei der Fristentransformation nicht mehr so vorteilhaft entwickeln, wie es im „Boomjahr“ 2010 der Fall war. Im Resultat erwartet man in der Genossenschaftsorganisation einen Rückgang des Zinsüberschusses von rund einer Milliarde Euro, in etwa also auf das Niveau des Jahres 2009. Zudem gilt es für die Bankengruppe, sich auf einen wieder aggressiveren Konditionenwettbewerb der Konkurrenz und auf einen gemeinhin eher wachsenden Risikoappetit der Anleger einzustellen. Unter anderem Depot-A- und Refinanzierungsanpassungen sowie weitere Kostensenkungen in der Verwaltung sollen daher für eine weiterhin gute Gesundheit und ein gutes Selbstvertrauen sorgen – damit der Auftritt auch 2011 ff. ein kraftvoller bleibt.

Kreditgenossen

Auf dem Höhepunkt?

Den bayerischen Genossenschaftsbanken geht es gut, so gut wie kaum jemals zuvor. Zumindest wenn man das an den vorgelegten Zahlen für 2010 festmacht. Das Gesamtbetriebsergebnis stieg auf knapp 1,5 Milliarden Euro, was 1,22 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) entspricht. Das ist das beste Ergebnis der vergangenen 15 Jahre und natürlich eine Bestätigung und Beruhigung nach den Rückgängen 2006, 2007 und 2008. Die Zinsspanne liegt inzwischen bei stolzen 2,53 Prozent der DBS. Dass davon mit 0,82 Prozent der DBS ein unverändert großer Anteil aus dem risikoreicheren Bereich der Fristentransformation, dem Strukturbeitrag kommt, mag ein kleiner Wermutstropfen sein, sichert aber gute Ergebnisse und damit die Möglichkeit, aus einbehaltenen Gewinnen Eigenkapital aufzubauen und stille Reserven zu legen. Sorgen bereitet das den Verantwortlichen in Bayern wenig. Die Kosten befinden sich mit 1,99 Prozent der DBS auf einem historischen Tiefstand, die Aufwand-Ertrag-Relation ist mit 62,4 Prozent für ein Filialbankensystem durchaus vorzeigbar.

Der Wertberichtigungsbestand hat sich ebenfalls deutlich erholt, was zum einen der schnellen konjunkturellen Belebung, zum anderen den üppigen Vorsorgen in den Vorjahren, die teils nun wieder aufgelöst werden können, zu verdanken ist. Luft nach oben lässt noch die Provisionsspanne, die der Zurückhaltung der Privatanleger geschuldet lediglich 0,66 Prozent der DBS beträgt. Es passt zur Mentalität der Kreditgenossen, dass man sich über solche Ergebnisse zwar freut, aber nicht in Jubelgeschrei ausbricht. Präsident Stephan Götzl bremst jedenfalls gleich die Erwartungen, denn es könne in diesem Jahr kaum noch besser werden.

Die Welt könnte also so schön sein für die bayerischen wie auch die deutschen Kreditgenossenschaften insgesamt (siehe dazu auch Seite 360 ff.). Und Stephan Götzl wäre nicht Stephan Götzl, wenn er nicht auch ein wenig poltern würde – im positiven Sinne versteht sich. Die Vielzahl der Reformen und Neuregelungen werde sich mittelfristig strukturell auf den deutschen Bankenmarkt auswirken. Das wolle aber in der Politik niemand so wahrhaben, und ein Drohpotenzial lasse sich auch nur schwer aufbauen, da es ein schleicher Prozess sei. Aber natürlich warnte der Präsident der bayerischen Genossenschaftsbanken vor englischen Verhältnissen mit nur einigen wenigen großen Banken, die den Markt unter sich aufteilen. Die Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich gestützte Wettbewerber beschäftigen ihn ebenso wie die aus seiner Sicht ungleiche Behandlung der Risi-

koträger, beispielsweise durch die Bankenabgabe. Man müsse doch bitte schön das Verursacherprinzip anwenden. Und der Verbraucherschutz mit völlig übertriebenen Anforderungen führe nicht etwa zu besserer Beratung, sondern zu Beratern, die Angst vor den Kunden hätten. „Ich hätte nicht gedacht, dass ich mal ordnungspolitische Nachhilfe auch in bürgerlich geführten Bundesländern geben muss“, so Götzl zu all dem.

Doch es gibt auch einige Entwicklungen auf regulatorischer Ebene, die Hoffnung machen. Der von den deutschen Berichterstatter im europäischen Parlament forcierte Widerstand gegen eine Vereinheitlichung der Einlagensicherungssysteme in Europa beginnt auch auf Ebene der EU-Kommission erste Früchte zu tragen. Vielleicht gelingt es den Deutschen doch noch, die Institutssicherungssysteme der Sparkassen und Kreditgenossenschaften als gleichwertig anerkennen zu lassen und somit teure Mehrfachbelastungen zu verhindern. Götzl sieht eine „reale Chance“. In Sachen Basel III ringen die Genossenschaftsbanken um die Anerkennung des sogenannten Haftsummenzuschlags zum harten Kernkapital. Dabei handelt es sich um die vertraglich verankerte Nachschusspflicht auf die von den Mitgliedern gehaltenen Geschäftsanteile. Und man macht sich Hoffnung, dass man Erfolg haben könnte – doch ob das mehr als Hoffnung ist? Mit der Anerkennung der stillen Einlagen bei Sparkassen und Landesbanken und der Geschäftsanteile bei den Genossen ist der Baseler Ausschuss den deutschen Ausnahmen schon entgegengekommen.

Und trotzdem: Um die Kreditgenossen muss man sich mit Blick auf die deutsche Bankenlandschaft und ihre Zukunft sicherlich am wenigsten Sorgen machen. Das liegt an vernünftigen Strukturen des Verbundes, das liegt an bodenständigen Vorständen, das liegt an klaren Geschäftsmodellen und das liegt an vorsichtig und weitsichtig agierenden Präsidenten, egal ob auf Bundes- oder Landesebene. Da spielt es zunächst auch keine Rolle, ob das in einem oder in vielen Verbänden der Fall ist.

Sparkassen

Breite Kölner Schultern

Während sich die Verantwortlichen in den Kreditgenossenschaften „nur“ um den Erfolg des eigenen Hauses und die kommenden Regulierungsanforderungen kümmern müssen, haben es die Sparkassen ungleich schwerer. Denn auf ihnen lastet auch noch das ein oder andere aus den Aufräumarbeiten im eigenen Verbund. Natürlich wären die Ortsbanken an vielen Stellen ohne die Landesbanken

besser dran, und ob sie die Spitzeninstitute wirklich immer brauchen? Alexander Wüerst, Chef der Kreissparkasse Köln und Landesobmann der rheinischen Sparkassen hat es so formuliert: „Wir brauchen sie nicht, aber wir können sie gut gebrauchen.“ Soll heißen, eine Landesbank in der richtigen Aufstellung und Größe als subsidiärer Dienstleister wäre den Primären durchaus nicht unrecht. Die Kreissparkasse Köln etwa vergibt heute nur noch jeden zehnten Kredit gemeinsam mit der Landesbank, weiteres Potenzial für eine erfolgreiche Zusammenarbeit liegt im Kommunalgeschäft, dem Wertpapiergeschäft und auch bei der Begleitung der Sparkassenkunden in das Ausland.

Doch bis die Landesbanken wieder nützlich und nicht nur lästig und teuer sind, ist in den meisten Landeshauptstädten noch ein gutes Stück Weg zu gehen. Auf den Kölnern lastet bekanntermaßen schwer die WestLB – ist sie doch besonders aufwendig in eine möglicherweise erfolgreiche Zukunft zu führen. Und egal welche der drei vorgelegten Varianten – Abwicklung, Verkauf oder Weiterführung in abgespeckter Form als reine Verbundbank – von den Brüsseler Wettbewerbshütern nun als zukunftsweisend auserkoren wird, es wird nicht ohne eine neuerliche Beteiligung der Sparkassen gehen. Die Kreissparkasse Köln jedenfalls sorgt schon einmal vor. Von rund 28,7 Millionen Euro auf 55,2 Millionen Euro wurde die sonstige Risikovorsorge im abgelaufenen Geschäftsjahr nahezu verdoppelt. Neben der WestLB findet sich hier auch noch eine Abschreibung auf die Landesbank Berlin.

Gut, dass das konjunkturelle Umfeld, die Margensituation und die Zinsstrukturkurve gute Gewinne für die Ortsbanken zugelassen haben. 2010 war demnach in weiten Teilen der Republik ein gutes Jahr, in dem die operativen Ziele übererfüllt wurden. Für die Kreissparkasse bedeutet dies in Zahlen: Zinsüberschuss plus 10,5 Prozent auf 453,5 Millionen Euro, bei dem umfangreiche Zinsabsicherungsgeschäfte ein noch besseres Ergebnis verhinderten, Provisionsüberschuss plus sechs Prozent auf 151,3 Millionen Euro, Betriebsergebnis plus 16,9 Prozent auf 232,3 Millionen Euro und Gewinn vor Steuern plus 62,8 Prozent auf 53,4 Millionen Euro. „Das lässt uns die Lasten schultern, die wir aus dem Verbund aufgetragen bekommen“, so Wüerst.

Und da die Kölner bekanntermaßen auch gute Kaufleute sind, sind sie zwar „ausschüttungsfähig“, empfehlen den Eigentümern aber lieber, das Eigenkapital aus den thesaurierten Gewinnen zu stärken. Schließlich ist die Zeit der fein auskömmlichen Margen wohl bald vorbei, der Wettbewerbsdruck lastet wieder auf den Preisen und es bahnen sich langsam steigende Zinsen an. Von so schönen Dingen wie Bankenabgabe und Basel III einmal ganz zu schweigen.